

Informationen des Stadtverbandes

5a-2020

So sieht's aus – Corona Spezial I zum „Neustart“ der Schulen am 25. Mai

Fast schon traditionsgemäß geben wir zu Beginn eines Schuljahres eine Übersicht zur Situation an den Schulen in Bremerhaven heraus. Wir nennen sie immer „So sieht's aus!“. Grundlage unserer Veröffentlichungen sind Informationen aus einer Sitzung der Betriebsgruppensprecher*innen in der ersten Woche nach den Ferien, ergänzt um einige individuell eingeholte Stellungnahmen.

Nun haben wir in der Tat gerade kein neues Schuljahr begonnen und auch keine Betriebsgruppensprecher*innenversammlung abgehalten. Aber die Umstände, so hören wir, legen es nahe, nachzuschauen, wie es denn aussieht.

Auf der Grundlage einer Befragung unserer Betriebsgruppen können wir nun beschreiben und einschätzen, wie die Schulen der Seestadt in die nächste Phase gehen, nachdem bislang nur Abschluss- oder Übergangsklassen in den Schulgebäuden präsent waren.

Trends aus der Phase der Beschulung von Abschlussklassen: Primar- bzw. Sekundarstufe I

(1) E-Learning ist eine Fiktion

Immer wieder in den öffentlichen Diskurs eingespeiste Einschätzungen, wie gut das „e-learning“ doch laufe, lassen sich nicht bestätigen. Vielmehr fehlt es in den Schulen und in den Familien an Endgeräten, dem Internetzugang und an Kenntnissen von Lehrkräften und Schüler*innen zum digitalen Lernen. Probleme mit der Plattform „it's learning“ werden mehrfach berichtet. Die Kolleg*innen packen also Päckchen, mit interessanten, anregenden, übenden, wiederholenden Materialien und überlegen sich ein ausgefeiltes System von Ausgabe und Annahme.

(2) Homeschooling fördert die soziale Selektion

Abgesehen von der eben beschriebenen mangelhaften materiellen Ausstattung begünstigt das heimische

Lernen Kinder, deren Eltern sich kümmern, ihnen inhaltlich und strukturelle Hilfe gewähren können sowie über hinreichende Deutschkenntnisse verfügen, also Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Sachkenntnis garantieren. Kinder mit engen häuslichen Verhältnissen finden dann nicht einmal eine ruhige Ecke, um sich den Aufgaben zu widmen. Der Rücklauf bei den Arbeitsergebnissen spiegelt in Qualität und Quantität immer wieder diese Verhältnisse, die wir seit PISA 2000 kennen.

(3) Gesundheitsschutz als logistische Herausforderung

Die Einrichtung der Klassen gemäß der sich durchaus ändernden Vorgaben klappt in der Regel gut. Auch sind die Wege zu den Räumen im besten Fall sogar ausgeschildert, mindestens jedoch abgeklebt im Sinne von Einbahnstraßen. Die Verfügbarkeit von Desinfektionsmitteln wird unterschiedlich zurückgemeldet. Was weiterhin häufig fehlt, sind Waschbecken mit warmem Wasser und Seife in den Klassenräumen. Die gab es 'mal, früher.

(4) Zwischenergebnis: Alle Mängel der Vergangenheit fallen uns jetzt „auf die Füße“

Dabei ist die personelle Situation die gravierendste. Wir haben bei den Mitarbeiter*innen in den Schulen eine eindeutig definierte Risikogruppe, aber keine Reserve. Immer mehr Kinder sollen zurück in die Schulen (und KiTas). Wiederholt wird die Befürchtung ausgesprochen, dass die Regeln zum Gesundheitsschutz dann wissentlich unterlaufen werden. Ebenso rächen sich die hohen „Fallzahlen“ im ReBUZ und beim Jugendamt. Jetzt, wo schnelle Hilfe noch dringlicher benötigt wird, ist sie schlicht nicht zu realisieren.

(5) Abstandsgebote und Verhalten „beißen“ sich

Eine Aussage wurde ständig geschildert: Kinder und Jugendliche wollen zurück in die Schule oder in den Kindergarten. Das sollten wir als positive Meldung wahrnehmen. Jugendliche brauchen jedoch den Kontakt zu ihren Altersgenoss*innen, real und nicht nur virtuell, kleinere Kinder werden sehr persönlich Trost und Nähe suchen wollen, obwohl die Pädagog*innen ihnen alles zur „Distanz“ altersgerecht erklärt haben.

Informationen des Stadtverbandes

5a-2020

Mit größter Mühe, das benennen die Kolleg*innen, achten alle Beteiligten auf die Abstandsregeln. Sie sind aber nicht durchgängig einzuhalten. So stellt sich in aller Deutlichkeit die Frage: Ist das mit der Schulöffnung verbundene Infektionsrisiko vertretbar – oder nicht? Und: Übernehmen die Entscheidungsträger auch die Verantwortung, wenn die ersten Neuinfektionen auftreten?

(6) Trotz des Schulbesuchs findet kein Unterricht statt

Was in den Klassenzimmern stattfindet, ist bestenfalls eine frontale Unterweisung oder ein Gruppengespräch. Ein Unterricht orientiert an anspruchsvollen didaktischen Kriterien ist unmöglich, unabhängig davon, was manchenorts aus den Pressekonferenzen der Senatorin herausgehört wird. Dass die Prüfungen höchste Priorität bei der Wiedereröffnung der Schulen haben, zeigt die preußische Sicht der Verantwortlichen auf unser Schulsystem. Der Hinweis, statt Deutsch und Mathematik inhaltlich einen Schwerpunkt auf die Gesundheitsaufklärung zu legen, schien uns sehr sinnvoll.

(7) Die Kommunikation der Behörden ist nicht zufriedenstellend

Scharf kritisiert wird die ungefilterte Informationsflut durch die Behörde. Das Verschicken vieler e-mails hat mit Steuerung der Krise nichts zu tun. Unverantwortlicherweise wird Verantwortung nicht wahrgenommen. Deutlich auf Unverständnis trifft die von Senat und Magistrat erwartete Kurzfristigkeit, mit der deren Beschlüsse umzusetzen sind. Diese Erwartungen stehen oftmals im Gegensatz zu der grundsätzlich vorsichtigen Herangehensweise der Landesregierung, die als richtig eingeschätzt wird.

(8) Schulleitungen agieren zwischen kooperativ und gruselig

Die Bandbreite der Berichte ist wirklich außergewöhnlich. Glücklicherweise gelingt in vielen Schulen eine gemeinsame Vorgehensweise mit abgesprochenen Plänen, Transparenz über Arbeitsleistungen und -zeiten, Unterweisung in Hygienevorschriften, zeitnahe Information über politische Beschlüsse, Organisation der Schularbeit nach einheitlichen Maßstäben. Eine Beteiligung des Kollegiums wurde durch Steuergruppen oder den Personalausschuss gewährleistet. Dies sind

gute, eigentlich allgemeingültige Beispiele, die gelingen, obwohl auch die Schulleitungen unter Druck stehen. Was gar nicht geht, und diese Vorgehensweisen gibt es leider auch, sind verspätete und unvollständige Informationen, als willkürlich empfundene Entscheidungen, z.B. beim „Notunterricht“, fehlende Berücksichtigung von Teilzeit oder Krankheit. **Wir können den Kolleg*innen in solchen Fällen nur raten, den Personalrat sofort einzuschalten.**

(9) Die Kolleg*innen machen sich Sorgen

Dies bezieht sich nicht nur auf sich selbst, obwohl derartigen Gedanken durchaus berechtigt sind. Die psychischen Folgen sind nicht abzusehen, weder für die Kinder, noch für die Pädagog*innen. Wie ihnen Hilfe zuteil wird, wenn sich die Lage einigermaßen „beruhigt“ hat, ist überhaupt nicht geklärt. Wie stetig in den Nachrichten zu hören ist, fahren wir alle derzeit auf kurze Sicht. In nicht allzu ferner Zukunft muss der Horizont aber erweitert werden. Denn die Sorgen beziehen sich auch auf die Konsequenzen aus dem Ausnahmezustand, für die Abschlussjahrgänge am offensichtlichsten, aber auch für die eigentliche Schularbeit. Die Alarmglocken läuten, wenn schon wieder darüber gesprochen wird, dass es auf die Kernfächer ankomme und die Zeit für Digitalisierung genutzt würde. Soll damit ein Unterricht etabliert werden, der aufklärerische Prinzipien unterläuft?

Trends aus der Phase der Beschulung von Abschlussklassen: Berufsbildende Schulen

Die Situation an den Berufsbildenden Schulen haben wir hinsichtlich der drohenden Problematik, wie bspw. die duale Ausbildung und die Beschulung im Übergangssystem gelingen kann, mit einem modifizierten Fragenkatalog ebenfalls ermittelt. Bisherige Meldungen lassen vorerst leider nur Spekulationen zu, aber die derzeitige Krise offenbart bereits jetzt, dass es jungen Menschen in diesem Jahr besonders schwerfallen wird, eine Ausbildung anzutreten. Ebenso wird es den Berufsbildenden Schulen selbst ergehen, die nicht zu beziffernde Flut an Schülerinnen und Schülern, die ohne Ausbildungsanschluss oder Maßnahmeplatz ihre Schulpflicht in den Berufsfachschulklassen erfüllen müssen, auf den Weg beim Übergang in den Beruf mitzunehmen. Wie die Lage im Moment an den Berufsbildenden Schulen aussieht, geben die folgenden Einschätzungen wieder:

Informationen des Stadtverbandes

5a-2020

Informationen zum Prüfungsablauf für die Vollzeitschüler*innen und Auszubildenden

Die Klassenverbände sind in der Regel gut organisiert – über Mailverteiler und die Klassenleitungen sind viele Schülerinnen und Schüler sowie die Auszubildenden erreicht worden. Die Klassenleitungen pflegen einen engen Kontakt zu den Kammern, die so ebenfalls die Auszubildenden mit Informationen versorgen konnten. Der Kontakt zu Schülerinnen und Schülern ist im Vergleich schwieriger gewesen, da mitunter keine Telefonnummern oder E-Mailkontakte vorhanden sind.

„itslearning“ – was ist möglich?

Für die Vorbereitung auf Abschlussprüfungen ist die Lernplattform nicht optimal. Einige Schülerinnen und Schüler ignorieren diese und Betriebe stellen die Auszubildenden nicht für den digitalen Unterricht frei. Da sind Lehrkräfte faktisch machtlos. Die Beschulung der Abschlussklassen läuft seit Ende April wieder in der Schule – das Stundenkontingent für die Beschulung vor Ort ist reduziert, um mit den anderen Stunden „itslearning“ zu bearbeiten.

Vertragslösungen

Die aktuelle Situation scheint – zum Glück – keine Auswirkungen auf bestehende Ausbildungsverhältnisse zu haben. Allerdings melden die Schulen zurück, dass bei einigen Betrieben Ausbildungsverträge für dieses Jahr abgesagt worden sind. Das bestätigt die Meldung aus zwei großen Kammern: Diese rechnen mit einem Rückgang gemeldeter Ausbildungsplätze von mindestens 15% gegenüber dem Vorjahr! Davon sind die Branchen unterschiedlich betroffen und vermutlich werden Plätze im Einzelhandel, in der Gastronomie und bei Dienstleistern, wie bspw. Friseure, nicht mehr ausreichend angeboten.

Was fehlt an Unterstützung und was wird gebraucht?

Die Schulen signalisieren ganz klar: Bei der Wiedereröffnung wurden sie alleine gelassen. Es fehlt an klaren Vorgaben, insbesondere an Hinweisen zum Umgang mit Risikogruppen und eine Definition, wer dazu gehört. Die Frage nach der Bereitstellung, welche Hygieneartikel im Klassenraum zur Verfügung gestellt werden müssen und ob kaltes Wasser für das

Händewaschen ausreicht, sind nicht zufriedenstellen beantwortet worden. Die Mail-Flut hat eher verwirrt, als dargestellt, wie die Schulen zu agieren haben. Es gibt keine transparente, zentrale Vorgehensweise für die Schulen. Diese ist nach jeder neuen Mail mit Wünschen, Ideen und Anregungen neu generiert worden. Auch Fragen seitens der Schülerinnen und Schüler, ob Schutzmasken zu tragen sind oder Tische und PCs zu desinfizieren sind, konnten bisher nicht so beantwortet werden, dass die Schulen einen Handlungsauftrag hätten ableiten können. Die Angaben belegen, dass es schulstufenübergreifend deutlicher Verbesserungen der Situation bedarf.

Der Blick nach vorne?

Die Umstellung der Klassenräume erfolgt in den Fachbereichen und die Beschulung mit derzeit max. acht Schülern und Schülerinnen pro Klasse läuft weitgehend unbesorgt wieder an. Leider ist nicht in allen Räumen der Mindestabstand zu gewährleisten. Eine Maskenpflicht wird daher nicht grundsätzlich abgelehnt, allerdings müssten diese dafür ausreichend zur Verfügung stehen.

Eine abschließende Bemerkung zur (bildungs-)politischen Diskussion

Die Senatorin für Kinder und Bildung wirkt getrieben. Vertreter*innen der Wirtschaftslobby überbieten sich in Aussagen darüber, warum gerade ihr Bereich besonders unter der Krise leiden würde. Ebenso werden ungehaltene Eltern zitiert. Vor diesem Hintergrund verspricht die Senatorin eine von uns als „zügig“ eingeschätzte Öffnung der Schulen. Erste Rückmeldungen aus den Schulen zeigen, dass dies mit den vorhandenen Kapazitäten und unter den jetzt geltenden (Abstands-) Regeln nicht umzusetzen sein wird. Vornehmlich gilt nämlich, „Corona in Schach zu halten“. Dies hat Schuldezernent Michael Frost Ende der Woche mitgeteilt und kritisiert damit das Öffnungstempo. Das ist bemerkenswert und richtig. **Ebenso bedeutsam ist die Feststellung, dass die Schulen je nach ihren Voraussetzungen die Pläne zur Beschulung umsetzen werden.** Diese Vorgabe sollten die Schulen nutzen und danach handeln.

Informationen des Stadtverbandes

5a-2020

Eine allerletzte Meldung: Corona-Virus infiziert den Bund der Steuerzahler direkt!

Man kann eigentlich nur mit Polemik und Ärger auf die selbsternannten Kontrolleure der Steuerausgaben reagieren. Endlich gibt es für sie wieder einen Ansatzpunkt, die Beschäftigten des Staates anzugehen und zu hinterfragen, ob sie (insbesondere die Beamten) in dieser Krise auch genügend gearbeitet haben.

Die Steuerzahler bleiben konstant populistisch. Insofern ist das Virus aus dem Schneider. Diese Art von Politik hat der Bund schon vor der Krise betrieben. Sie war damals falsch und ist es auch heute. Zumindest aus der Sicht eines funktionierenden Gemeinwesens. Gerade in den letzten Wochen verstärkte sich der Eindruck, dass funktionierende öffentliche Einrichtungen ganz hilfreich sind. Diese kosten allerdings richtig Geld.

Das Erkennen der Notwendigkeit ihrer Funktionstüchtigkeit zerstört allerdings des Steuerzahlerbundes liebste Ideologie, die des Neoliberalismus. Dass er nun zum „letzten Gefecht“ bläst, zeigt, dass wir in eine neue Phase der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eintreten. Das Klatschen ist vorbei. Jetzt geht es um Arbeitsbedingungen und Tarifverträge. Wir haben gerade gute Argumente, die wir nutzen sollten. Der Steuerzahlerbund kann sich ja weiterhin am schlanken Staat orientieren. Wozu das führt, sieht man gerade in den USA. Wir wollen weder so viele Tote, die auf Grund des schlechten Gesundheitssystems verrecken, noch Steuerwächter, die mit ihrer Politik die Fachkräftekrise in gesellschaftlich wichtigen Bereichen weiter fortschreiben.